

NACHRICHTEN

Entführte Franzosen im Jemen wieder frei

SANAA: Ein französisches Ehepaar ist drei Tage nach seiner Entführung im Jemen am Mittwoch wieder freigelassen worden. Die Touristen seien in Begleitung von Sicherheitskräften und Vermittlern auf dem Weg in die Hauptstadt Sanaa, sagte ein Sprecher des Innenministeriums. Weitere Einzelheiten nannte er nicht. Das Ehepaar und zwei einheimische Reiseführer waren am Montag von Angehörigen des Stammes El Schamlan entführt worden. Am Dienstag hatten die Entführer die Franzosen nach Verhandlungen mit der Regierung freigelassen. Doch als die Sicherheitskräfte versuchten, die Entführer festzunehmen, nahmen diese die Eheleute sofort wieder als Geisel. Die Entführer verlangten im Austausch für die Franzosen von der jemenitischen Regierung die Errichtung von Schulen und anderen Entwicklungsprojekten in ihrer Provinz. Die Touristen waren aus der Nachbarprovinz Amran verschleppt und in ein Versteck in der Provinz El Jof nördlich von Sanaa gebracht worden.

Gestürzter Regierungschef: Mordversuch?

KARACHI: Der entmachtete pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif ist vor einem Gericht in Karatschi offiziell angeklagt worden. Sharif, dessen Bruder sowie fünf früheren Mitarbeitern wird unter anderem versuchter Mord, Entführung und Eingriff in den Luftverkehr vorgeworfen. Drei Monate nach dem Putsch hat ein Sondergericht in Karatschi am Mittwoch die Anklage der Staatsanwaltschaft angenommen, verzichtete aber vorerst auf den bisherigen Vorwurf des Hochverrats. Der Prozess soll am kommenden Mittwoch beginnen. General Pervez Musharraf hatte Sharif am 12. Oktober in einem unblutigen Putsch gestürzt, weil Sharif ihn entlassen wollte. Sharif, seinem Bruder Shabaz und fünf weiteren Angeklagten droht wegen der Vorwürfe des Mordversuchs und der Geiselnahme die Todesstrafe. Sie bezeichneten sich als «nicht schuldig».

Verdacht gegen Behörden nach Gewalt

JAKARTA: In die Auseinandersetzungen auf der Insel Lombok sind nach Informationen der indonesischen Regierung auch offizielle Stellen verwickelt. Die Regierung kündigte am Mittwoch ein entschlossenes Vorgehen an. Einzelheiten wurden allerdings nicht genannt. Nach den Übergriffen von Moslems an den zwei Tagen zuvor blieb die Hauptstadt der Insel, Mataram, am Mittwoch bislang ruhig. Vor der jüngsten Gewaltwelle sind tausende Touristen und Einheimische am Mittwoch von der Ferieninsel geflohen. Mehr als 3500 Ausländer, Christen und andere Flüchtlinge hätten Lombok verlassen und auf der Nachbarinsel Bali Zuflucht gesucht, teilten Behörden auf Bali mit. Bei den jüngsten Unruhen auf Lombok waren laut dem Minister für die Koordinierung von Sicherheitsfragen, Wiranto, zwei Menschen getötet und sechs verletzt worden. Bern empfiehlt, die Insel zu verlassen und rät von Reisen nach Lombok ab. Auch Deutschland, Grossbritannien und Australien warnten davor, auf die Urlaubsinsel zu reisen. Touristen, die bereits dort seien, sollten in ihren Hotels bleiben, bis sich die Unruhen gelegt hätten.

Streit um Führung spaltet Duma

MOSKAU: Die Abmachung zwischen den Kommunisten und dem Krenl bei der Bildung der Parlamentsführung hat die neugewählte Duma in eine tiefe Krise gestürzt. Drei reformorientierte Fraktionen verweigerten am Mittwoch aus Protest die Mitarbeit. Der Populist Wladimir Schirinowski wurde zum Vize-Parlamenteschef gewählt. Die Reformen von Jabloko und der Union Rechter Kräfte (SPS) sowie die gemässigte Fraktion Vaterland-Ganz Russland (OWR) um Ex-Ministerpräsident Jewgeni Primakow forderten eine Neuverteilung der Ausschüsse zwischen den Parteien und blieben der Duma-Sitzung fern. Die Krenl-treuen Fraktionen Einheit und «Volksabgeordnete» hatten am Dienstag zusammen mit den Kommunisten die Ausschüsse faktisch untereinander aufgeteilt und im Alleingang den kommunistischen Parlamentschef Gennadi Selesnjow wiedergewählt. Die Kommunisten und ihre Verbündeten verfügen zusammen über etwa 130 Sitze, die vom Krenl gestützten Fraktionen haben gut 140 Mandate. Zusammen haben sie damit die notwendige Beschluss-Mehrheit von 226 Stimmen sicher.

Rot-schwarze Koalition

108 Tage nach der Wahl wurde in Österreich ein Koalitionspapier unterzeichnet

WIEN: Nach monatelangem Hin und Her haben sich die österreichischen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP in der Nacht zum Mittwoch auf die Fortsetzung ihrer Koalition verständigt. In beiden Parteien wurde aber auch Widerstand gegen die Allianz laut.

Die Einigung zwischen Sozialdemokraten (SPÖ) und der konservativen Volkspartei (ÖVP) kam 108 Tage nach den Parlamentswahlen zu Stande. Der Entscheid der SPÖ-Spitze für eine Neuauflage der seit 13 Jahren regierenden rot-schwarzen Koalition fiel einstimmig, wie Parteichef und Bundeskanzler Viktor Klima in Wien sagte.

Noch nicht gebrochen werden konnte allerdings der Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Frage von Frühpensionierungen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) erklärte am Mittwoch, er werde sich gegen die vereinbarten Kürzungen im Haushalt und bei den Renten wenden.

Die Gewerkschaften wollten die Bildung eines Kabinetts jedoch nicht verhindern, sagte der Chef der Metallgewerkschaft, Rudolf Nürnberg.

Ressortverteilung weiterhin umstritten

Bei der ÖVP gab es nach Angaben von Parteichef und Vizekanzler Wolfgang Schüssel bei 23 Ja- auch vier Gegenstimmen. Die Landesobleute aus der Steiermark, aus dem Vorarlberg und aus dem Burgenland sowie der Vertreter der Jugend-



Parteichef und Bundeskanzler Viktor Klima macht sich nach mehrstündigen Verhandlungen auf den Heimweg. 108 Tage nach den Wahlen ist nun wieder eine rot-schwarze Koalition in Österreich geschaffen worden.

organisation der Partei lehnten das Abkommen ab. Einstimmig forderte der ÖVP-Vorstand, dass es keinerlei Nachverhandlungen geben dürfe.

Entschieden wurde mit den Voten nur über die Inhalte des Koalitionspaketes. Umstritten ist noch die Ressortverteilung. Es bedürfte noch «der einen oder anderen Abstimmung» in dieser Frage, sagte Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ).

Die Parteispitzen waren sich jedoch einig, dass darüber nicht weiter verhandelt werden soll, sondern die Parteichefs Klima und Schüssel

direkt die Besetzung der Ministerien abmachen sollen. Die ÖVP will das Innenministerium des populären SPÖ-Ministers Karl Schlögl oder das Finanzministerium übernehmen.

Neue Sitzungen der Parteien nötig

Für die endgültige Absegnung der künftigen Koalitionsvereinbarung – inklusive Regierungsliste – werden die Parteigremien nochmals zusammentreten. Die SPÖ hat bereits für Freitag eine Vorstandssitzung fixiert, und auch der ÖVP-Vorstand wird nochmals abstimmen.

Der Chef der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ), Jörg Haider, warf den seit 13 Jahren regierenden Volksparteien reinen Machterhalt vor. «So kann es nicht mehr gehen. Die Leute haben die Nase voll von einem politischen System, wo es nur um die Postenverteilung geht».

Haider kritisierte vor allem die ÖGB-Spitze: «Es sind alte Sünden, dass ein SPÖ-Gewerkschaftsmitglied im Parteivorstand für etwas stimmt und dann rausgeht und sagt, als ÖGB-Funktionär bin ich dagegen.» Die neue Regierung sei jedenfalls «innerlich so zerrüttet, dass es zu keinen vernünftigen Entscheidungen für Österreich kommt».

Bei der Wahl am 3. Oktober war die ÖVP hinter die FPÖ auf Rang 3 gerutscht und wollte deshalb



ÖVP-Präsident Schüssel ist mit dem Ausgang der Koalitionsverhandlungen zufrieden.

zunächst in die Opposition gehen. Wegen der Pattsituation und drohender Neuwahlen rückte sie erst nach langem Zögern von diesem Vorhaben ab.

Nach einer am Mittwoch vom Nachrichtenmagazin «News» veröffentlichten Umfrage des Gallup-Instituts liegt die FPÖ derzeit bereits mit 32 Prozent vor der SPÖ, die demnach auf nur noch 29 Prozent kommen würde. Die ÖVP würde auf 23 Prozent fallen, die Grünen könnten mit zwölf Prozent rechnen.



Jörg Haider (FPÖ) warf den Koalitionspartnern reine Machterhaltung vor.

Die Koalition der Verlierer bildet eine ausgebrannte Regierung

Erneut rot-schwarze Koalition in Österreich

WIEN: Sie sind im Grunde die Verlierer der Wahl und bilden nun doch wieder die Regierung. Sie haben sich im Wahlkampf giftig bekämpft und wollen nun gemeinsam Politik machen.

Katinka Mezei

Sie setzen eine alte Koalition fort und hoffen, sich damit das drohende Neue vom Leib zu halten. Wahrlich, es sieht nicht gut aus für die wiederbelebte Regierungskoalition der österreichischen Sozialdemokraten und der konservativen Österreichischen Volkspartei.

Sage und schreibe 108 Tage zähen Positionskampfes mussten ins Land gehen, bis sich die ausgebrannte Allianz, die bereits seit 13 Jahren besteht, zu einem Kompromiss zusammenraufte. Um so mehr sonnt sich im Licht seines Wahlerfolges Jörg

Haider, der Chef der rechtspopulistischen Freiheitlichen. Der Volkstribun sieht sich bereits als nächsten Bundeskanzler in Wien einziehen.

Haider in ein paar Jahren Nummer eins

Haider lehnt sich zurück und wartet ab. «Wenn wir weiter in der Opposition sind, rechnen wir schon, dass wir in ein paar Jahren die Nummer eins sind». Geht es nach dem FPÖ-Chef, dann könnten die paar Jahre sogar schon bald vorbei sein. «Wahrscheinlich», so mutmasst Haider, «wird die Periode nicht ganz zu Ende geführt werden.»

Doch nicht nur für Haider ist das Scheitern der neuen «alten» Regierungskoalition so gut wie vorprogrammiert. Die Neuauflage der alten Koalition werde Haiders FPÖ einen Mobilisierungsschub geben, vermutet der Politikwissenschaftler Fritz Plasser von der Universität

Innsbruck. Die Regierungskoalition dagegen müsse sich mit einem in beiden Parteien unpopulären Programm herumschlagen. In zwei zentralen Politikfeldern, Wirtschaft und Verteidigung, liegen ihre Vorstellungen weit auseinander.

Rückenwind für FPÖ

Während die FPÖ nun mit jeder Menge Rückenwind in die neue Legislaturperiode segelt, stehen SPÖ und ÖVP mit dem Rücken zur Wand. Denn von den FPÖ-Wählern bei der Wahl am 3. Oktober war die Hälfte unter 30 Jahre alt – die etablierten Parteien wissen also, was auf sie zukommt, urteilt Plasser.

Emmerich Talos von der Universität Wien sieht einen nahezu garantierten Aufstieg der Haider-Partei voraus. «Selbst wenn die Regierung sich vier Jahre lang halten kann, dann ist es eine Koalition der Verlierer», prophezeit der Politologe.

Früher oder später werde die FPÖ dann zur grössten Partei im Lande.

Als Haider 1986 die Führung der Partei übernahm, dümpelte die FPÖ bei fünf Prozent. Am 3. Oktober 1999 votierten 27 Prozent der Österreicher für den Rechtspopulisten, womit die FPÖ mit dem hauchdünnen Vorsprung von 415 Stimmen sich noch vor der ÖVP auf Platz zwei vorschoben konnte.

Klassischen Parteien zu langweilig

Unauffhaltsam ist der Erfolg der Haider-Partei nach Ansicht des Politologen Anton Pelinka von der Universität Innsbruck freilich nicht. «Die klassischen Parteien waren zu ernsthaft, zu langweilig, zu beschäftigt mit politischen Detailfragen», meint er. Da habe es ein aus der Opposition angreifender Haider, der seine Medienwirkung geschickt einzusetzen wisse, viel leichter.